



Universiteit
Leiden
The Netherlands

China's Islam in Xinjiang: from functionalization to elimination

Spiessens, E.

Citation

Spiessens, E. (2023, April 6). *China's Islam in Xinjiang: from functionalization to elimination*. Retrieved from <https://hdl.handle.net/1887/3590432>

Version: Publisher's Version

License: [Licence agreement concerning inclusion of doctoral thesis in the Institutional Repository of the University of Leiden](#)

Downloaded from: <https://hdl.handle.net/1887/3590432>

Note: To cite this publication please use the final published version (if applicable).

Zusammenfassung

CHINAS ISLAM IN XINJIANG: VON DER FUNKTIONALISIERUNG ZUR ELIMINIERUNG

Diese Arbeit untersucht die Praxis und die Auswirkungen der Religions- und Minderheitenpolitik der Kommunistischen Partei Chinas in Xinjiang am Vorabend der groß angelegten Unterdrückung des Islam und der uigurischen Kultur nach 2016. Auf der Grundlage von Regierungsdokumenten, Reden, Veröffentlichungen, und Mitteilungen der China Islamic Association sowie Feldforschung in Xinjiang selbst und in der uigurischen Diaspora in Europa zwischen 2013 und 2018 wird insbesondere der Wandel der Islampolitik der Kommunistischen Partei Chinas im Kontext des "Xinjiang-Problems" untersucht.

Die Furcht des chinesischen Staates vor dem Islam als Instrument und Ursache der uigurischen Unruhen bestand bereits seit den 1990er Jahren. Die Politik der Unterdrückung und Kontrolle in Xinjiang wurde in mehreren Studien untersucht, die zeigten, dass diese repressive Politik die Verwendung des Islam als antichinesisches Symbol des Widerstands förderte. Es gab aber auch eine nationale, staatlich geförderte, positive Politik gegenüber dem Islam, die darauf abzielte, die Religionsgemeinschaften stärker an den Parteistaat zu binden. Dazu wurden islamische Schriften und religiöse Führer eingesetzt, um die kulturelle und politische Loyalität der Muslime zu fördern. Die vorliegende Arbeit untersucht diese "Funktionalisierung" des Islams durch den chinesischen Staat und wie sie in Xinjiang umgesetzt wurde, um zu verstehen, was genau sich in der Haltung der Partei gegenüber dem uigurischen Islam geändert hat, warum sie sich geändert hat und ob die neue Politik eine tiefgreifende Veränderung im Umgang der Partei mit der Religion darstellt.

Betrachtet man die Botschaft und die Methoden der Funktionalisierung des Islam und die dahinter stehende politische Logik, so stellt man fest, dass sie einerseits dem Staat als Instrument zur Kontrolle der Religionsgemeinschaften diene, andererseits aber auch eine offizielle Anerkennung der Religiosität ermöglichte. Dies beruhte auf dem pragmatischen Prinzip des Regierens, dass der Staat die Bedeutung des Islams als Ort der sozialen Normativität in der Gesellschaft berücksichtigen musste. Wenn wir uns ansehen, wie die Funktionalisierungspolitik in Xinjiang umgesetzt wurde, sehen wir nicht nur, dass es der Politik nicht gelang, die Uiguren an die chinesische Nation zu binden, sondern auch, wie sie die in der Region bereits vorhandenen Spannungen noch verschärfte. Im Kontext der allgemeinen staatlichen Politik in Xinjiang, die auf kolonialer Bevormundung und Unterdrückung von Protesten beruhte, überwog das Hauptmotiv der staatlichen Kontrolle. Dies untergrub das sekundäre Motiv, die Menschen davon zu überzeugen, dass die Botschaft Gottes die chinesische Herrschaft unterstützt. Das "gegenseitige Entgegenkommen" zwischen Religion und chinesischem Sozialismus, das durch die Funktionalisierungspolitik des Staates gefördert wurde, war

eine Einbahnstraße. Dabei scheute der Staat den Dialog mit dem lokalen islamischen Narrativ, das seiner Ansicht nach ein hohes Maß an rückständigem oder aufrührerischem Potenzial enthielt. Indem der Staat die legale Religion mit politischer und kultureller Loyalität gegenüber China gleichsetzte, verstärkte er zudem die Vorstellung, dass die nicht staatlich regulierte Religiosität der Uiguren eine Bedrohung für die chinesische Nation darstelle.

Gleichzeitig vergrößerte die soziale, wirtschaftliche und politische Marginalisierung der Uiguren die Kluft zwischen den Uiguren und dem chinesischen Staat. Die zentrale Führung der CCP unter Xi Jinping zeigte sich zudem weniger tolerant gegenüber Andersdenkenden und intensivierte den Diskurs über den parteigeführten chinesischen Sozialismus. In der Folgezeit haben mehrere gewalttätige Vorfälle wie der Messerangriff in Kunming im Jahr 2013 und der Bombenanschlag auf den Bahnhof von Urumqi im Jahr 2014 die Bedeutung der Staatlichkeit in Xinjiang erhöht. All diese Faktoren führten zu einer Umkehrung der Funktionalisierung des Islams in Xinjiang und zum Beginn des Kriegs gegen den Terror im Jahr 2014. Der Zentralstaat konzentrierte sich nun auf die Gefahren der Religion und unterstellte die Verwaltung der religiösen Angelegenheiten stärker der zentralen Parteikontrolle. Ambigüe Verwaltung der Religion wurde von Peking geopfert, um den Islam als Sündenbock für das Problem in Xinjiang zu benutzen. Die Betonung des religiösen Extremismus als Kernproblem in Xinjiang lieferte eine Begründung für die tiefe soziale Durchdringung des Staates und die Notwendigkeit der "Umerziehung". In diesem Prozess des tiefen *social engineering* ersetzten die Dogmen der CCP die des Islam vollständig.

Welche Auswirkungen diese Profilierung des Islams als Staatsfeind in Xinjiang hat, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht vollständig erörtert werden. Es ist unwahrscheinlich, dass die in Xinjiang eingeführten Gewaltmaßnahmen in gleichem Maße auf andere muslimische Minderheiten in China angewendet werden. Die Unruhen der Uiguren hatten ihre Wurzeln in umfassenderen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen, und als eine der größten ethnischen Minderheiten Chinas am Rande der chinesischen Nation stellten die Uiguren eine besondere Bedrohung dar, die der chinesische Staat beseitigen wollte. In Bezug auf andere muslimische Minderheiten in China ist jedoch bereits eine wachsende Feindschaft gegenüber dem Islam und eine Angst vor dem Islam als einer Kraft, die die chinesische Gesellschaftsordnung bedrohen könnte, zu beobachten. Dies äußert sich in einer strengeren Staatsführung und weniger Toleranz für islamische Praktiken und Gemeinschaften seitens der lokalen Regierungen sowie in einer zunehmenden Selbstzensur der Gemeinschaften selbst. Infolgedessen scheint die Botschaft der Funktionalisierungspolitik - dass die muslimischen Gemeinschaften Teil der chinesischen Nation sind - praktisch verworfen zu werden.